

Antrag der SPD Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat Weber,

die SPD Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des zuständigen Ausschusses stellen zu lassen:

1. Unter Berücksichtigung potentieller Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes Niedersachsen sind Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Optimierung des ÖPNV im Sinne einer Verbesserung des Klimaschutzes und eines verbesserten ÖPNV- Angebotes für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger speziell vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft zu prüfen.
2. Die derzeitige Grundlage zur Erbringung des ÖPNV im Landkreis nach der Maßgabe des „Eigenwirtschaftlichen Verkehrs“ wird beendet und der Verkehr unter der Beachtung der vergaberechtlichen Grundlagen, hier insbesondere der EU Verordnung 1370/2007 und des Personenbeförderungsgesetz (PBfG), im Rahmen einer „Direktvergabe“ an das „eigene Unternehmen“ Kreisbahn Aurich vergeben. Die hierzu erforderlichen gesellschafts- und vergaberechtlichen Schritte sind zeitnah umzusetzen.
3. Um die Qualität und Verlässlichkeit unseres ÖPNV auch zukünftig gewährleisten zu können, werden die Gesellschaftervertreter des Kreises beauftragt, im Rahmen der derzeit stattfindenden Tarifverhandlungen zwischen dem Gesamtverband Verkehrsbetriebe Niedersachsen e.V. (GVN) und der Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) für die VGW Wiesmoor auf die Geschäftsführung einzuwirken, um eine deutliche Verbesserung der Entgelte für die Beschäftigten mit dem Ziel der stufenweisen Angleichung an den Tarifvertrag des kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen im Sinne einer Vorbildfunktion für weitere Nahverkehrsunternehmen zu vereinbaren.

Begründung:

- Zu 1.** Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderung unserer Zeit. Der CO₂ Ausstoß sowie die Emission von Feinstaub durch den Straßenverkehr sind wichtige Faktoren, die den Klimawandel beschleunigen bzw. unterstützen. Als Entscheidungsträger unseres Landkreises sind wir gemeinsam aufgerufen, die uns möglichen Schritte zu einer nachhaltigen Verbesserung zu leisten. Der kommunale ÖPNV ist aus unserer Sicht eine zentrale Stellschraube und wichtiger Teil zur Verbesserung der Emissionswerte. Gleichwohl sehen wir die einfache Formel „Mehr ÖPNV“ nicht als sinnvoll an. Der ÖPNV muss an die Bedürfnisse unserer älter werdenden Gesellschaft angepasst werden und insbesondere für Mobilitätseingeschränkte und ältere Mitmenschen wieder ein echtes Angebot sein, um die Wege zum Einkauf, Arztbesuche und die alltäglichen Mobilitätsbedürfnisse zu ermöglichen. Erst wenn unsere Bürger/Innen lieber den Bus nehmen, als Verwandte und Freunde um eine Autofahrt zu bitten, können die hohen Emissionswerte durch den Individualverkehr signifikant gesenkt werden.

Sinnvoll wäre hier die Gründung eines Beirates „Zukunft Mobilität“, der aus Vertretern möglichst aller Interessensgruppen bestehen sollte. Ziel der Arbeit des Beirates sollte die (Weiter- bzw. Neu-)Entwicklung eines deutlich verbesserten Mobilitätsangebots unter Beachtung der wirklichen Erfordernisse unserer Bürger/Innen sein.

- Zu 2.** Die Erbringung eines an die Mobilitätsbedürfnisse unserer Bürger/Innen angepassten ÖPNV ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unabdingbare und sinnhafte Veränderungsprozesse sind im Rahmen einer eigenwirtschaftlichen Erbringung der Verkehrsdienstleistung nicht in dem erforderlichen Ausmaß möglich. Erst durch die unter Punkt 2 angedachte Vorgehensweise, d.h. die Vergabe im Rahmen einer Direktvergabe, können die notwendigen Veränderungen angestoßen werden.

Der Personennahverkehr des Landkreises würde in diesem Fall zu einer gemeinwirtschaftlichen Aufgabe. Klarer Vorteil eines gemeinwirtschaftlichen Verkehrs für die Stadt und den Landkreis ist die Flexibilität in den zukünftig erforderlichen Änderungs- und Optimierungsprozesse. Bei einer gemeinwirtschaftlichen Direktvergabe stehen nicht nur die betriebswirtschaftlichen Interessen im Blickpunkt. Auch volkswirtschaftliche Überlegungen und Planungen im Sinne der politischen Willensbildung können wesentlich einfacher Umsetzung finden. Zudem sind mögliche Fördermittel sowohl auf EU-, als auch auf Bundes- wie Landesebene leichter zu erlangen und können unmittelbar in die Verbesserung der Verkehrsdienstleistung einfließen. Die Diskussion um die Notwendigkeit der deutlichen Stärkung und Unterstützung des ÖPNV im deutschen Bundestag als auch in der Europäischen Union zeigt den von allen politischen Entscheidungsträgern unterstützten Weg zu einer Mobilitätswende. Um eine mögliche und umfassende Partizipation gewährleisten zu können, schlagen wir eine zeitnahe Umsetzung unter Beachtung der maßgeblichen Fristenregelungen vor.

Als Nachteil ist dabei zu erwähnen, dass im Gegensatz zu einer Eigenwirtschaftlichkeit wirtschaftliche Risiken des gemeinwirtschaftlichen Verkehrs unmittelbar durch den Landkreis zu tragen wären. Aufgrund der gesellschaftsrechtlich mehrheitlichen Eigentümerschaft an der Kreisbahn Aurich (hierbei gilt es zu prüfen, inwieweit ein Defizitausgleich des Miteigentümers „Weser- Ems- Bus GmbH ggfs. vertraglich ausgeschlossen wurde) verbleibt auch hier das wirtschaftliche Risiko vollumfänglich beim Kreis.

- Zu 3.** Wir sind stolz auf die Qualität und Verlässlichkeit unserer ÖPNV- Dienstleistungen im Landkreis Aurich. Anders als in vielen anderen Landkreisen fallen im Landkreis Aurich weder ganze Kurse noch Einzelfahrten aufgrund Personalmangels aus. Möglich macht das die hohe Identifikation und der verantwortungsbewusste tagtägliche Einsatz der zum großen Teil langjährig Beschäftigten in den Nahverkehrsunternehmen.

Derzeit finden Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband GVN (Gesamtverband Verkehrsbetriebe Niedersachsen) und der NahVG (Nahverkehrsgewerkschaft) für die VGW Wiesmoor statt. Die Nahverkehrsgewerkschaft vertritt nach eigenen Angaben über 90 Prozent der Beschäftigten der VGW Wiesmoor. In einer ersten Verhandlungsrunde zeichnete sich ein deutliches Delta zwischen dem Angebot der Arbeitgeberseite und der gewerkschaftlichen Forderung ab. Derzeit liegt der tarifvertragliche Stundenlohn für einen Busfahrer bei 11,12 €. Das Angebot der VGW sieht eine stufenweise Erhöhung der Entgelte auf ca. 11,57 € und einer Unterstützungszahlung im Rahmen der gesetzlich geregelten privaten Altersabsicherung für Arbeitnehmer vor. Die Laufzeit der tariflichen Einigung soll 36 Monate betragen. Mit diesem Angebot geht die Arbeitgeberseite schon beinahe über das betriebswirtschaftlich vertretbare Maß hinaus, da sich der Verkehrsbetrieb fast ausschließlich durch die Fahrgasteinnahmen finanziert. Die gewerkschaftlichen Forderungen beinhalten eine Erhöhung der Entgelte auf das (Entgelt-)Niveau des Tarifvertrages für die Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr Niedersachsen (TV-N Niedersachsen) vor. Im TV-N Niedersachsen

liegen die Entgelte für Beschäftigte im Fahrdienst (Busfahrer/Innen) derzeit für neueingestellte Beschäftigte bei 14,47 € und für langfristig Beschäftigte bei etwa 18,76 € pro Stunde.

Als SPD Fraktion schlagen wir vor, nach Maßgabe des Vorgehens der KVHS die Entgelte der Beschäftigten in der VGW Wiesmoor stufenweise an das Entgeltniveau des vom kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen abgeschlossenen Tarifvertrages anzupassen. Dies geschieht insbesondere um im Wettbewerb zur Gewinnung verlässlicher und guter Mitarbeiter nicht weiter den Anschluss zu verlieren und nicht zuletzt auch um lange und für unsere Bürger/Innen sehr nachteilige Streiks im Nahverkehr zu vermeiden.

In unserem Antrag sehen wir die Möglichkeit, die Mobilität an die notwendigen Anpassungen unserer im Wandel befindlichen Gesellschaft und zum Schutz unserer Umwelt zukunftssicher aufzustellen. Gleichzeitig schaffen wir wichtige Grundlagen, um flexibel im Rahmen der kommunalen Selbstbestimmung die (ökologische) Zukunft für uns und unsere Kinder zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Kleen

Fraktionsvorsitzender